

Stenografische Mitschrift der Beratung des Fortschrittsberichts 2008 zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie im Plenum des Deutschen Bundestags am 12. Februar 2009

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

– Drucksache 16/10700 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Sportausschuss
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Kollegen Ernst Kranz von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ernst Kranz (SPD):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor vier Jahren haben wir uns genau an dieser Stelle mit dem ersten Fortschrittsbericht beschäftigt. Die Bundesregierung hat in diesem Fortschrittsbericht ihre Strategie der Nachhaltigkeit dargestellt. Wir haben damals nach kurzer Zeit – es war nach nur zwei Jahren; denn erst im Jahre 2002 ist diese Strategie in die Politik der Bundesregierung implementiert worden – über diesen Bericht beraten.

Wenn wir heute das Wort „Nachhaltigkeit“ hören, hat es einen ganz anderen Klang. Es wird meiner Meinung nach sogar inflationär gebraucht. Viele Begriffe wie zum Beispiel „Ökologie“, „dauerhaft“ und „transparent“ werden unter dem Begriff „Nachhaltigkeit“ verstanden. Ich bin der Meinung, es geht hier um viel mehr, und das ist immer zu beachten. Es geht uns vor allem um eine vorausschauende und über den Tellerrand der Ressorts hinausreichende Entscheidungspolitik.

Nachhaltigkeit umfasst drei Dimensionen: die ökologische, die soziale und die ökonomische Dimension. Auf die soziale Dimension will ich etwas ausführlicher eingehen. Wir müssen uns bei jedem Gesetzentwurf, den wir verabschieden, und bei jeder Maßnahme, die wir dadurch auslösen, fragen, ob wir damit sicherstellen, dass die Teilhabe aller Teile der Gesellschaft gewährleistet und verbessert wird oder ob wir dadurch nicht sogar einzelne Bürger und Gruppen ausgrenzen. Es ist wichtig, dass wir mit all unseren Entscheidungen gleiche Chancen im persönlichen, sozialen und beruflichen Bereich einräumen und dass die Kompetenzen all unserer Bürger in allen Bereichen zur Verfügung stehen und eingesetzt werden können.

Die soziale Dimension wird auch sichtbar, wenn wir an die Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise denken. Hier müssen wir jetzt alle Kräfte bündeln, um einen Arbeitsplatzabbau in größerem Umfang zu verhindern. Schon die Konjunkturprogramme zeigen die Notwendigkeit einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Meiner Meinung nach sollte genau diese Zusammenarbeit, also

das Denken über Ressortgrenzen hinaus und vorausschauendes Denken, viel stärkeres Gewicht in unserer Politik erhalten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Nachhaltige Politik bedeutet, finanzielle Mittel möglichst effizient einzusetzen. Mit ökonomischen Stützungsmaßnahmen versuchen wir, die negativen Folgen der Krise für die Bürger und damit für die Gesellschaft möglichst gering zu halten. Wir müssen die anstehenden Probleme heute und möglichst schnell lösen. Nur nachhaltiges Handeln im nationalen und internationalen Rahmen, wozu wir beitragen möchten, kann künftige Krisen verhindern oder zumindest ihre Auswirkungen von Anfang an abschwächen. Zu Recht fordert der Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Volker Hauff, eine klare Weichenstellung für eine nachhaltige Wirtschaftsordnung, um deutliche Fortschritte bei der zukunftsfähigen Umgestaltung unserer Wirtschaft zu erreichen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, hinter dem Begriff „Nachhaltigkeit“ verbirgt sich ein großes Aufgabenspektrum.

Im Jahr 2002 hat sich die rot-grüne Bundesregierung auf bestimmte Kriterien und innerhalb dieser Kriterien auf Ziele festgelegt, um eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland messen zu können. Diese insgesamt 21 Indikatoren sind sozusagen eine Messlatte für uns, an der wir ablesen können, ob und inwieweit wir uns auf den jeweiligen Politikfeldern auf den Weg der Nachhaltigkeit begeben haben.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Es ist wichtig, dass die heutige Generation gut leben kann – das ist klar –, es muss aber auch ganz deutlich gesagt werden, dass wir dadurch nicht die Möglichkeiten nachfolgender Generationen schon heute einschränken dürfen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das ist der Kern nachhaltiger Politik.

In dem nun vorliegenden „Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ zieht die Bundesregierung Bilanz. In einigen Bereichen gibt es positive Entwicklungen; das ist sehr zu begrüßen. Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt. Ich glaube, ohne diese ehrgeizigen Ziele wären wir in vielen Bereichen nicht so erfolgreich. Positives gibt es zum Beispiel aus den Bereichen Klimaschutz, regenerative Energien, Beschäftigung, Ganztagsbetreuung von Kindern und aus dem Bereich Staatsverschuldung – zumindest bis zum Zeitpunkt der Finanzkrise – zu berichten. Es gibt jedoch leider auch zahlreiche Indikatoren, die darauf hinweisen, dass wir uns auf vielen Gebieten zu langsam in die richtige Richtung bewegen. Das ist zum Beispiel im Bereich Mobilität der Fall. Genauso gilt das für den täglichen Flächenverbrauch. Auf diesen Gebieten müssen wir noch einiges erreichen.

(Iris Gleicke [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Wir haben es aber auch mit Entwicklungen zu tun, die das angestrebte Nachhaltigkeitsziel in weite Ferne rücken lassen. Das gilt vor allem für die Bereiche Bildung, Mobilität und Artenvielfalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung hat zum Thema nachhaltige Entwicklung Stellung bezogen. An dieser Stelle möchte ich meine Meinung zu einem wesentlichen Thema äußern. Mir geht es um das Politikfeld „Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“ und dabei insbesondere um die Elementarressource Wasser. Ich finde, es ist bedauernd und nicht zu verstehen, dass Wasser als essenzielle Ressource nicht als Indikator im System verankert ist, wie das zum Beispiel bei der Luftqualität der Fall ist. Wasser spielt zwar für die Politik in Deutschland eine große Rolle, auf internationaler Ebene können wir aber viele Missstände feststellen.

Wasser ist mehr als nur Trinkwasser. Die Ressource Wasser ist Grundlage für das Leben. Wasser dient als Lebensraum, Lebensmittel und Rohstoff. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft bezeichnet Wasser als die wichtigste natürliche Ressource des 21. Jahrhunderts. Zwar sind 71 Prozent der Erdoberfläche von Wasser bedeckt, aber nur 2,5 bis 3 Prozent des Gesamtwasservolumens sind Süß-

wasser. Die meisten Süßwasservorkommen wiederum sind in den Polkappen gebunden. Wenn wir uns das verdeutlichen, ist uns klar, wie effektiv bzw. schonend wir mit dieser Ressource umgehen müssen.

Wasser bestimmt viele Bereiche unseres Lebens. Klima: Für das Klima ist Wasser ein bestimmender Faktor. Ökosysteme: Wasser kennzeichnet sowohl die terrestrischen als auch die aquatischen Ökosysteme. Landwirtschaft: Wasser ist Rohstoff, letztendlich sogar Lebensspender für alle Produkte der Landwirtschaft. Anzumerken ist, dass 70 Prozent des Süßwasserverbrauchs durch die Landwirtschaft erfolgen. Für die Industrie ist Wasser ein wichtiger Rohstoff. Gesundheit: Da können wir bei uns selbst anfangen; denn der Mensch besteht zu circa 70 Prozent aus Wasser. Ohne genügend Wasser und Nahrung kann die Körpertemperatur nicht gehalten werden, und wir bekommen Probleme. Deshalb an dieser Stelle noch einmal der Hinweis – letztendlich ist das meine Forderung –: Wasser sollte als Indikator in das System aufgenommen werden.

Ich möchte zum Abschluss erklären, wie unsere Arbeit im Beirat strukturiert ist. Es kommt uns darauf an, unsere Themen im Beirat konsensorientiert zu behandeln. Sie sind uns zu wichtig, als dass wir bereit wären, am Ende Papiere herauszugeben, die nur Anmerkungen einzelner Fraktionen enthalten und ansonsten strittig gestellt sind.

Der Beirat muss im Hinblick auf das Thema Nachhaltigkeit als Vorbild wirken.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Kranz, kommen Sie bitte zum Schluss.

Ernst Kranz (SPD):

Mein letzter Satz: Damit versuchen wir, auch für künftige Koalitionen und künftige Legislaturperioden grundlegende Voraussetzungen zu schaffen, auf denen einheitlich aufgebaut werden kann.

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Michael Kauch von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Michael Kauch (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachhaltigkeit ist kein Luxusthema für Schönwetterzeiten. Gerade in der Krise brauchen wir eine klare Orientierung, an welchem Leitbild sich Politik ausrichten soll. Wir brauchen eine soziale Marktwirtschaft, die langfristig tragfähig ist. Dazu gehören ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Freiheit, Innovationskraft und soziale Stabilität. Es geht um politische Rahmenbedingungen, aber auch um die Haltung von Akteuren in der Wirtschaft und in der Gesellschaft.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie soll einen Leitfaden für eine möglichst parteiübergreifende Perspektive für die Zukunft unseres Landes bieten. Die Nachhaltigkeitsstrategie soll dem Denken in Wahlperioden eine Absage erteilen und über den Wechsel der Regierungen hinaus Orientierung geben. Deshalb ist es erfreulich, dass wir im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung den Parteienstreit auf ein Mindestmaß begrenzen und versuchen, wo immer möglich einen Konsens zu finden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie hat durch die Verknüpfung strategischer Ziele mit nachprüfbaren Indikatoren eine wichtige Wirkung für die Tagespolitik. Dadurch wird deutlich, ob man sich auf Schönwetterreden, auf Sonntagsreden beschränkt, sich aber ansonsten leider nichts ändert. Wir Liberale unterstützen eine solche Strategie. Wir sagen aber zugleich: Der Kern der Debatte um Nachhaltigkeit müssen die Chancen kommender Generationen sein. Nachhaltigkeit darf nicht für alles und

jedes missbraucht werden, was man tagesaktuell als gut, effizient oder gerecht empfindet. Die Themen müssen einen Zukunftsbezug haben; denn es geht hier vor allem um eines: um Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Ernst Kranz [SPD])

Meine Damen und Herren, Folgendes ist schon bemerkenswert – ich habe gerade das Thema Sonntagsreden angesprochen –: Es geht hier um einen Bericht, den die Bundesregierung einmal in dieser Wahlperiode vorlegt. Es ist die Strategie der Bundesregierung; federführend ist das Kanzleramt. Ich hätte erwartet, dass eine Regierung dann, wenn sie eine solche Strategie ernst nimmt, in der ersten Lesung eines Berichtes in die Debatte einführt, dass also der Kanzleramtsminister von dieser Stelle aus erklärt, was die Politik der Bundesregierung ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gerade war noch ein Staatsminister des Kanzleramtes kurz anwesend. Ich dachte: Wenigstens ein Staatsminister. Aber pünktlich zu Beginn dieser Debatte nahm er seine Akten und verschwand. So kann man mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wirklich nicht umgehen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Lutz Heilmann [DIE LINKE] und Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Bereich der finanziellen Nachhaltigkeit gibt es derzeit viel Bewegung. Einerseits werden angesichts der Wirtschaftskrise die größten Verschuldungsprogramme beschlossen, die die Republik je gesehen hat, und andererseits hat die Föderalismuskommission II zumindest eine Skizze für die Aufnahme einer Schuldenbremse ins Grundgesetz aufgelegt. Letzteres ist aus Nachhaltigkeitssicht zu begrüßen. Ob diese Schuldenbremse dazu ausreichen wird, Generationengerechtigkeit zu schaffen, wird sich erst entscheiden, wenn der Text vorliegt und wir sehen, welche Hintertüren es möglicherweise wieder für die Verschuldung gibt.

Sinnvoll wäre es aus unserer Sicht, darüber hinaus Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in die Staatszielbestimmungen des Grundgesetzes aufzunehmen; denn anders als geborene Kinder werden kommende Generationen bisher vom Grundgesetz nicht geschützt. Es freut mich, dass der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung auf seiner gestrigen Sitzung – mit Ausnahme der Vertreter der Linken – dieses Ziel unterstützt hat. Es freut mich auch, dass der Bundespräsident nach der heutigen Debatte die Initiatoren des Berichts empfängt und sich mit dieser wichtigen Frage auseinandersetzt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen endlich mehr Transparenz in der Politik. Es ist bemerkenswert, dass wir in der Gesetzesfolgenabschätzung alles Mögliche abprüfen: die Auswirkungen eines geplanten Gesetzes auf das Preisniveau, auf den Mittelstand und die Geschlechtergerechtigkeit. Aber die möglichen Auswirkungen unserer geplanten Gesetze auf künftige Generationen überprüfen wir nicht. Das sollte sich in der nächsten Wahlperiode ändern.

Um eine solche Nachhaltigkeitsprüfung durchzuführen, brauchen wir allerdings klare und transparente Instrumente. Dazu gehören Generationenbilanzen, die die finanziellen Ströme zwischen den Generationen abbilden, die zeigen, welche Leistungen wir für künftige Generationen erbringen, zum Beispiel bei Infrastruktur und Bildung. Sie müssen aber auch die Lasten ausweisen, die es neben der Staatsverschuldung gibt, zum Beispiel durch die Rentenversicherung, die Krankenversicherung und die Beamtenbesoldung. All diese Lasten werden auf künftige Generationen verschoben. Das wird heute in den Büchern nicht ausgewiesen. Aus meiner Sicht ist das ein reformbedürftiges Feld.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, schließlich braucht eine bessere Nachhaltigkeitsprüfung eine bessere Verankerung des Parlamentarischen Beirats in der Geschäftsordnung des Bundestages; denn es muss eine parlamentarische Begleitung der Gesetzesfolgenabschätzung geben.

Generationengerechtigkeit ist mehr als die Frage, wie viel Schulden wir kommenden Generationen hinterlassen. Es geht auch um die Fragen, was wir investieren statt konsumieren, ob wir langfristig tragfähige Sozialversicherungssysteme bauen, und nicht zuletzt darum, ob wir kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen. Biologische Vielfalt und Klimaschutz müssen zentrale Bestandteile einer Strategie für Generationengerechtigkeit sein.

Abschließend möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass wir nicht wieder vier Jahre warten müssen, bis wir über den nächsten Fortschrittsbericht diskutieren. Die frühere Bundesregierung hatte sich zum Ziel gesetzt, alle zwei Jahre einen solchen Bericht vorzulegen. Schwarz-Rot hat sich – wie bei vielen anderen Themen auch – viel zu viel Zeit gelassen. Das muss sich in der nächsten Wahlperiode ändern. Wir Liberale werden das ändern.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Andreas Scheuer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Andreas Scheuer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kauch, ich werde mich bemühen, keine Schönwetterrede zu halten, sondern auf die Inhalte des Fortschrittsberichtes einzugehen. Ich möchte mich vorneweg bei allen Kolleginnen und Kollegen des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung bedanken. Ich glaube, wir haben eine Arbeitsweise gefunden, die sehr kollegial ist. Über viele Themen besteht Konsens, obgleich es, Herr Kollege Heilmann, bei verschiedenen Themen manchmal Ausreißer und Ausnahmen gibt.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Wer ist jetzt der Ausreißer?)

Ich glaube, das Klima in diesem Parlamentarischen Beirat ist sehr gut. Die deutsche Öffentlichkeit soll wissen, dass Politik nicht nur aus Streit und beinhardtem Ringen besteht, sondern vor allem auch an Kollegialität geknüpft ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bietet eine breit gefächerte Grundlage, eine zukunftsfähige Politik für Deutschland über verschiedene Themenfelder zu machen. Dies wurde in einer anderen Regierungskonstellation begonnen und wird jetzt weitergeführt. Ich glaube, es ist ein Fortschritt, dass wir politisches Handeln viel transparenter und vor allem für die Bürgerinnen und Bürger nachprüfbar machen.

Es gibt 21 Schlüsselindikatoren, die in verschiedene Unterkategorien unterteilt sind. Dies ist ein Beitrag für eine bessere politische Kultur in Deutschland, vor allem um die Politik langfristig fit für die Zukunft zu machen. Ich glaube, mit einem Image von Politik muss man generell aufräumen – das richte ich auch an die Medienvertreter –: Politik denkt nicht nur bis zum nächsten Wahltermin. Wir befassen uns im Parlamentarischen Beirat mit Themen, die weit über die nächsten Jahre hinausgehen. Die Ziele, die im Fortschrittsbericht formuliert sind, reichen bis ins Jahr 2015 oder sogar bis ins Jahr 2020.

Nachhaltigkeitspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Später werden noch Mitglieder des Umweltausschusses zu diesem Thema sprechen. Als Verkehrspolitiker möchte ich an dieser Stelle nur sagen: Über Nachhaltigkeitspolitik sollte in jedem einzelnen Fachbereich umfassend diskutiert werden. Sie sollte zum Leitprinzip der Politik insgesamt gemacht werden.

Der Kollege Kranz hat bereits darauf hingewiesen, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ sehr oft strapaziert wird, von der Finanzpolitik über die Umweltpolitik bis hin zur Verkehrspolitik. Es ist richtig, dass wir

diesen Begriff nicht inflationär verwenden sollten. Allerdings müssen wir es in die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger bekommen, dass die deutsche Politik ein Interesse daran hat, über den nächsten Wahltag hinauszudenken.

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es auch Rückschläge. Wenn man die drei großen Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Soziales – sie bilden die Grundlage der Nachhaltigkeitsstrategie – betrachtet, so lässt sich im Hinblick auf die Schlüsselindikatoren bzw. die Messgrößen für politisches Handeln feststellen, dass im vorliegenden Fortschrittsbericht natürlich auch Indikatoren zu finden sind, die uns nicht zufrieden stimmen.

Der Fortschrittsbericht ist noch vor Beginn der Finanzkrise fertiggestellt worden. Ich möchte diese Krise nicht noch krisenhafter beschreiben, als sie in Wirklichkeit ist. Aber sie hat uns vor Augen geführt, dass wir uns im Parlamentarischen Beirat bei der Erarbeitung des nächsten Fortschrittsberichts bzw. eines Indikatorenberichts mehr Gedanken als bisher über die Prinzipien der Finanzpolitik, der Haushaltsführung und der Staatsverschuldung machen müssen.

Ich bin der gleichen Meinung wie meine Vorredner, dass wir ein krisenfestes Nachhaltigkeitsmanagement entwickeln müssen, das bei globalen Krisen weniger anfällig ist. Außerdem müssen wir Indikatoren kreieren, die es ermöglichen, Krisensituationen im Rahmen der Analyse zu berücksichtigen. Unser Managementkonzept besteht aus Managementregeln, Indikatoren, Zielen und Monitoring. Die Bundesregierung sollte sich sehr intensiv mit dem Fortschrittsbericht 2008 befassen und ihn bei der Erarbeitung eines krisenfesten Nachhaltigkeitsmanagements als Orientierungsrahmen verwenden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich als Beispiel auf den Indikator der Gütertransportintensität zu sprechen kommen. Das im Fortschrittsbericht formulierte Ziel zur Gütertransportintensität wurde verfehlt. Das liegt allerdings auch daran, dass wir in den letzten Jahren einen Aufschwung und demzufolge eine große Intensität in Bezug auf Mobilität und Güter erlebt haben.

Die Bundesregierung hat die Nachhaltigkeitsstrategie zum Anlass genommen, bestimmte Leitplanken in politisches Handeln umzusetzen. Was die Gütertransportintensität angeht, hat die Bundesregierung die Mittel für den Lärmschutz erhöht und verschiedene Masterpläne im Hinblick auf Logistik und Güterverkehr erstellen lassen. Außerdem ging es um die Entwicklung alternativer Möglichkeiten, Güter zu transportieren, und um einen Mix verschiedener Verkehrsträger, um auf diesem Wege die Klimabilanz Deutschlands zu verbessern.

Die Forschungsintensität im Bereich alternativer Antriebstechniken macht deutlich, dass die Bundesregierung auf diese Indikatoren reagiert hat. Das möchte ich als Beispiel dafür anführen, dass all diese Indikatoren in einem globalen Kontext zu sehen sind. Insbesondere in Anbetracht der Finanzmarktkrise brauchen wir solche globalen Indikatoren, um nachzusteuern.

Der Parlamentarische Beirat hat sich Gedanken gemacht, wie die soziale Teilhabe zu verbessern ist. Es wurden Anhörungen durchgeführt und Konzepte entwickelt. Dabei ging es unter anderem um die Themen Demografie und Infrastruktur. Unser Hauptaugenmerk lag auf der sozialen Komponente, gerade im ländlichen Raum. Trotz des Bevölkerungsrückgangs und des zum Teil stattfindenden Aussterbens der ländlichen Räume müssen wir die Probleme unserer Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf die sozialen Infrastrukturen, die Teilhabe und die Mobilität lösen. Unser Ziel darf nicht sein, nur die Situation in den Ballungszentren zu verbessern, sondern wir müssen auch die Lage in den ländlichen Räumen im Blick haben, sowohl im Interesse der dort lebenden älteren Menschen als auch im Interesse der jungen Generation.

Meine Damen und Herren, der Parlamentarische Beirat ist auch ein Kontrollorgan. Wir haben aktiv daran mitgearbeitet, diesen Fortschrittsbericht zu verbessern. Wir haben der Bundesregierung geholfen, die Indikatoren anzupassen, sie modern auszugestalten. Denn natürlich ist dieser Fortschrittsbericht ein dynamischer Prozess. Die Indikatoren sollen nicht in Stein gemeißelt sein. Beispielsweise wollen wir bei der Gesundheitspolitik einen zusätzlichen Schwerpunkt auf Prävention setzen. Da müssen wir auch einmal den Mut haben, den Fortschrittsbericht zu überarbeiten und die Indikatoren anzupassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, dass der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung immer imstande ist, der Bundesregierung unterstützend zur Seite zu stehen. Ich bedanke mich beim Bundeskanzleramt und beim Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung explizit für die gute Kommunikation zwischen den verschiedenen Gremien. Ich möchte gern, dass es dabei bleibt, dass an den Sitzungen im Parlamentarischen Beirat Beamte aus dem Bundeskanzleramt zugegen sind; diese Verzahnung sollte weitergeführt werden. In diesem Sinne arbeiten wir konstruktiv weiter. Die Bürgerinnen und Bürger können sich sicher sein, dass sich alle Politiker, die ganze Mannschaft in diesem Hohen Haus – die Frauschaft natürlich auch – Gedanken macht, wie es in Zukunft mit Deutschland weitergeht. Dieser Fortschrittsbericht ist eine gute Grundlage dafür.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat jetzt Lutz Heilmann für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Lutz Heilmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! „Für ein nachhaltiges Deutschland“, heißt es im Titel des Fortschrittsberichts 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Was heißt „ein nachhaltiges Deutschland“? Für die Linke bedeutet ein nachhaltiges Deutschland, dass erstens soziale Gerechtigkeit, zweitens der Erhalt der Umwelt und drittens eine wirtschaftliche Entwicklung verwirklicht wird. Wenn diese drei Punkte erfüllt sind, bei allen Entscheidungen der Politik beachtet werden, dann werden die Interessen heutiger und künftiger Generationen gewahrt.

Gerade soziale Gerechtigkeit ist ein wichtiger Punkt, für heutige und künftige Generationen. Meine Frage an die Bundesregierung lautet deshalb: Ist Ihre Politik in diesem Sinne nachhaltig? – Ich würde mich freuen, wenn die anwesenden Staatssekretäre das den Ministern und der Kanzlerin mit auf den Weg geben.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Das kommt darauf an, was jetzt kommt! – Dr. Andreas Scheuer [CDU/CSU]: Wir sind doch nicht in einer Fragestunde, Herr Kollege!)

Schon der Titel „Für ein nachhaltiges Deutschland“ zeigt, dass es um einen Wunsch geht, dass Nachhaltigkeit noch nicht Realität ist. Schon mit der Überschrift dieses Berichts stellt sich die Bundesregierung ein Armutszeugnis aus. Aber schauen wir uns die Politik der Bundesregierung einmal konkret an!

Hat die Politik der Bundesregierung irgendetwas mit Nachhaltigkeit zu tun? Wie steht es mit sozialer Gerechtigkeit für alle? In Deutschland leben ungefähr 2,5 Millionen Kinder in Armut. 7,5 Millionen Menschen in Deutschland leben von Hartz IV. Millionen müssen, obwohl sie vierzig Stunden in der Woche arbeiten, am Monatsende zum Amt gehen, damit das Geld zum Leben reicht. Altersarmut von Rentnerinnen und Rentnern ist an der Tagesordnung. Ein besonderer Skandal: Frauen bekommen für die gleiche Arbeit sage und schreibe 23 Prozent weniger Lohn, und das 60 Jahre nach Einführung des Grundgesetzes. Sinkenden Realeinkommen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steht ein Rettungsschirm für sogenannte notleidende Banken gegenüber, mit dem Sie den Zockern von der Hypo Real Estate und anderen Banken das Leben versüßen.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Da arbeiten auch Frauen!)

Soziale Gerechtigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Bundesregierung, sieht anders aus. Was Sie tun, hat damit nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Ich komme zum zweiten Punkt, dem Erhalt der Umwelt für alle. Tun Sie genug, um für uns und für unsere Kinder eine lebenswerte Umwelt zu erhalten? Die Antwort ist klipp und klar Nein.

Die Bundesregierung ist 2005 mit dem Ziel gestartet, ein Umweltgesetzbuch zu schaffen. Vor knapp zwei Wochen teilte uns Umweltminister Gabriel mit: Pustekuchen. – Der bayerische Löwe hat hier der

Bundesregierung einen kräftigen Strich durch die Rechnung gemacht. Damit haben Sie die Chance verspielt, ein gutes, ambitioniertes Umweltrecht zu schaffen.

Die Kfz-Steuerreform. Es ist richtig: So schlimm, wie sie am Anfang angedacht war, wird sie doch nicht, aber wirksame Anreize für den Ausstoß von weniger Schadstoffen setzen Sie wirklich nicht. Spritfresser werden weitestgehend verschont. Da wir von Generationengerechtigkeit und Schulden sprechen: Durch diese Kfz- Steuerreform lassen Sie sich glattweg 1,8 Milliarden Euro entgehen. Sonst schauen Sie auf jeden Euro, wenn es aber um die Schonung der Eigentümer großer Autos geht, dann sind Sie relativ großzügig.

(Patrick Döring [FDP]: Das ist doch Quatsch!)

Ein weiterer Punkt ist die Abwrackprämie. Diese als Umweltprämie zu bezeichnen, ist schon fast dreist. Zum Teil werden völlig funktionsfähige Pkw in der Presse verschrottet. Dazu besteht noch die Möglichkeit zum staatlich subventionierten Betrug. Ja, Sie haben richtig gehört: Da alles so schnell wie möglich und unbürokratisch ablaufen soll, kann Mann oder Frau mit etwas gutem Willen nicht nur 2 500 Euro vom Staat abkassieren, sondern das alte Auto auch noch gut nach Polen oder Übersee verkaufen.

(Dr. Andreas Scheuer [CDU/CSU]: Das ist doch Quatsch, Herr Kollege!)

Ich sage: Gut so. Dann stinkt der deutsche Schrott wenigstens in der übrigen Welt weiter!

Zum Thema unbürokratische Handhabung habe ich einmal eine Frage an die Bundesregierung: Wissen Sie, wie viele Formulare jemand ausfüllen muss, um Hartz IV zu beantragen und zu bekommen?

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Das ist doch völlig am Thema vorbei!)

Ich empfehle Ihnen, sich einmal zu einer Arbeitsgemeinschaft zu bewegen. Dort können Sie etwas zum Thema unbürokratische Verwaltung lernen.

Als Letztes hierzu möchte ich auf das Engagement der Bundesregierung hinsichtlich der CO₂-Werte bei Pkw verweisen.

(Dr. Andreas Scheuer [CDU/CSU]: Wann kommen Sie endlich zum Mindestlohn?)

Von Klimaschutz ist dort weit und breit nichts zu sehen.

Ich komme zum dritten Punkt, nämlich zur wirtschaftlichen Entwicklung für alle.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Jetzt kommt es!)

Auch hier: Fehlanzeige! Sie legen Konjunkturprogramme auf, die den Namen nicht verdienen. Nehmen wir ganz einfach einmal das Konjunkturpaket II: 50 Milliarden Euro für zwei Jahre. Demgegenüber stehen 480 Milliarden Euro für einen Bankenrettungsschirm.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Garantien!)

Ich glaube, die Zahlen sprechen für sich.

Mit der beabsichtigten Schuldenbremse wird noch eines draufgesetzt und der öffentlichen Hand der Gestaltungsspielraum für soziale und ökologische Aufgaben genommen. Dabei von Generationengerechtigkeit zu sprechen, ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Es hilft unseren Kindern und Enkeln nichts, wenn sie sich vielleicht schuldenfrei wähnen können, aber vor Schulen, Krankenhäusern und Straßen stehen, die sprichwörtlich einem Trümmerhaufen gleichen.

Was ist nach Auffassung der Linken erforderlich? Wir brauchen erstens eine konsequente Abkehr vom Neoliberalismus, zweitens eine Abkehr vom Sozialraub, drittens eine Abkehr von der Umweltzerstörung und viertens eine Abkehr von der wirtschaftlichen Deregulierung.

Zur sozialen Gerechtigkeit. Wir, die Linken, fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,71 Euro.

(Dr. Andreas Scheuer [CDU/CSU]: Endlich!)

Wir brauchen die sofortige Anhebung der Regelsätze bei Hartz IV auf 435 Euro. Das Bundessozialgericht hat Ihnen das vor zwei Wochen um die Ohren gehauen: Für Kinder brauchen wir bei Hartz IV eigene Regelsätze nach Altersstufen. Wir brauchen die sofortige Anhebung der Renten um 4 Prozent, und es muss endlich Schluss mit der Diskriminierung von Frauen sein. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Demgemäß muss sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung stellen und endlich handeln.

Zum Erhalt der Umwelt. Wir brauchen ein Umweltrecht, mit dem wir den Anforderungen der Zukunft gerecht werden. Es reicht nicht aus, da stehen zu bleiben, wo wir jetzt sind. Wir brauchen eine Kfz-Steuerreform, die diesen Titel verdient. Die Abwrackprämie gehört abgeschafft. Wir brauchen mehr Verkehr auf der Schiene und andere umweltverträgliche Verkehrsträger. Wir brauchen eine Energiewende. Wir brauchen ein Schutzgebietsnetz anstelle von Schutzgebietsinseln für den Stopp des Artensterbens. Wir brauchen hohe Umweltstandards für alle und nicht nur für eine Handvoll.

Wirtschaftliches Wachstum für alle. Ja, das ist richtig, bedeutet aber, dass wir eine Demokratisierung der Wirtschaft durch mehr Mitbestimmung der Belegschaften brauchen.

Was wir zuallerletzt brauchen, ist eine Schuldenbremse.

(Dr. Andreas Scheuer [CDU/CSU]: Und Verstaatlichung!)

Eine Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse. Eine Schuldenbremse verschärft die Auswirkungen der jetzigen Wirtschaftskrise. Eine Schuldenbremse wird zur weiteren Privatisierung der Daseinsvorsorge führen.

Stattdessen fordern wir die Einführung einer Bundesschuldenverwaltung, die einen Teil der Altschulden von Bund, Ländern und Gemeinden übernimmt, sowie die Umsetzung der vorhandenen Pläne zur Einführung einer zentralen Bundessteuerverwaltung. Wir brauchen zudem eine zentrale Börsenaufsicht. Wir brauchen vor allen Dingen die Reform der Bildungsfinanzierung durch die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe und die Aufhebung des Kooperationsverbotes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Die Bundesregierung muss in ihrer Politik radikal umlenken, um ihrer Politik das Attribut „nachhaltig“ verleihen zu können. Davon sind Sie leider meilenweit entfernt. Deshalb kann ich Sie nur auffordern, endlich umzudenken und Ihren Worten Taten folgen zu lassen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Ulrich Kelber [SPD]: Am Thema vorbei! Diese Rede hätten Sie auch zu jedem anderen Thema halten können!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Nun hat der Kollege Winfried Hermann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als wir vor rund zehn Jahren aus dem Parlament heraus die Nachhaltigkeitsstrategie angestoßen haben, war uns wichtig, dass die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – soziale Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit und Wirtschaftlichkeit – dynamisch und eng miteinander verbunden, aber nicht als drei Säulen nebeneinander gestellt werden. Ein dynamisches Denk- und Entwicklungskonzept war eine wesentliche Voraussetzung für diesen Ansatz.

Herr Kollege Heilmann hat uns gerade deutlich gemacht, was die Linke unter Nachhaltigkeit versteht, nämlich erstens soziale Gerechtigkeit, zweitens Aufstockung von Hartz IV und drittens Mindestlohn für alle. Das ist eine unverhältnismäßige und einseitige Interpretation dieses Begriffs und führt meines Erachtens völlig in die Irre.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Damals hatten wir den Anspruch, mit diesem neuen politischen Ansatz zu versuchen, eine neue Diskurskultur im Parlament zu entwickeln. Das heißt unter anderem, dass man die anderen differenziert kritisiert – auch scharf –, aber nicht pauschal alle anderen nur schlecht macht und platt kritisiert. Das habe ich vorhin jedoch verärgert zur Kenntnis genommen. Die Linke hat an diesem Diskurs nicht differenziert teilgenommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir haben damals zu Recht versucht, aus einem wolkigen Begriff einen strategischen politischen Ansatz zu machen, und zwar mit Zielen, mit Konzepten für bestimmte Bereiche, mit Zeitangaben, Maßnahmen, Methoden und Gesetzen, mit denen wir vorankommen können.

Diesen Anspruch haben wir damals erhoben. Nach rund zehn Jahren und mehreren Fortschrittsberichten kann man sagen, dass es sich gelohnt hat, in diesem Bereich Politik strategisch zu formulieren und wegzukommen von der allgemeinen Wolkigkeit, hinter der sich jeder verstecken kann, wobei aber nichts herauskommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Daraus ist eine Strategie der Bundesregierung entwickelt worden. Ich finde es wirklich positiv, dass diese Strategie den Regierungswechsel überlebt hat und dass die Strategie, mit der man das Land langfristig im Sinne der Nachhaltigkeit voranbringen will, im Kern gleichgeblieben ist. Das ist ein Erfolg all derer, die im Parlament für nachhaltige Entwicklung gestritten haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Der Fortschrittsbericht ist an den sogenannten Ampelbericht des Rats für nachhaltige Entwicklung gekoppelt. Wir messen also, ob wir in Richtung Zielerreichung gekommen sind oder uns gar davon entfernen. Dieser Bericht zeigt klar auf, in welchen Bereichen wir auf dem falschen Dampfer sind, in welchen Bereichen wir viel zu langsam in Richtung Nachhaltigkeit unterwegs sind und in welchen Bereichen wir wirklich gut sind.

Wenn Sie diesen Ampelbericht durchblättern und ein bisschen aktualisieren, dann stellen Sie fest, dass es einige Felder gibt, bei denen wir tatsächlich auf dem richtigen Weg sind und sagen können, dass wir etwas erreicht haben. Die Förderung erneuerbarer Energien beispielsweise ist wirklich gelungen. Dabei haben wir das Ziel sogar übererfüllt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

In anderen Bereichen haben wir die Ziele nur teilweise erreicht, oder die Kluft ist ziemlich groß.

Ein wirkliches Grundproblem nicht nur dieser Regierung, sondern auch der Vorgängerregierung ist, dass die Regierung von der eigenen Administration im Austausch mit dem Parlament zwar eine ambitionierte nationale Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiten lässt, dass aber die praktische Politik manchmal meilenweit davon entfernt ist. Das ist der einzige Punkt, in dem ich der Kritik der Linken recht gebe.

Es stellt sich immer wieder die Frage, ob die kurzfristig verfolgte Politik ins langfristige Konzept passt. Wir sehen an dieser Stelle eine große Lücke. Es ist aber die Aufgabe des Parlaments und des Parlamentarischen Beirats, darauf hinzuweisen und immer wieder darauf zu pochen. Ich meine, es hat sich gelohnt, dass wir den Parlamentarischen Beirat eingerichtet haben. Wir Grünen sind sehr dafür, dass dieses Gremium verstetigt und auch in der Geschäftsordnung gut verankert wird, damit auch das nächste Parlament als Anwalt nachhaltiger Entwicklung dieses Projekt aus der Gesellschaft heraus weiter verfolgt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Es hat sich übrigens bewährt, dass innerhalb der Regierung das Green Cabinet gestärkt wurde, dass es Mitarbeiternetzwerke zwischen den verschiedenen Ressorts gibt und dass es gelingt, die Ressorts zu vernetzen und einen ganzheitlichen Politikansatz zustande zu bringen. Aber wir haben, wie gesagt, auch einen großen Nachholbedarf. Ich will einige Beispiele aufzählen, von denen ich glaube, dass man sie endlich angehen muss.

Beim Flächenverbrauch haben wir ein ambitioniertes Ziel, mit dem wir seit Jahren nicht vorankommen. Der Flächenverbrauch ist unerhört hoch, obwohl die Bevölkerungszahl nicht mehr steigt.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Wir haben kein Konzept gefunden, um den Flächenverbrauch von 120 Hektar pro Tag auf die angestrebten 30 Hektar pro Tag zu senken.

Der ökologische Landbau war uns immer ein wichtiges Anliegen. Dabei sind wir weit von dem Ziel entfernt, das wir erreichen wollten. Wir bedauern, dass dabei der Eindruck entsteht, dass wir, wenn wir das Ziel nicht erreichen können, es lieber ganz sein lassen. Wir hielten das für einen kapitalen Fehler. Wir müssen in der Zielsetzung nachsteuern, aber auch in der Politik, um Verbesserungen zu erreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Verkehrspolitik ist insofern interessant, als alle Dimensionen der Nachhaltigkeit – sozial, wirtschaftlich und ökologisch – in diesem Bereich gebündelt auftreten. Man kann feststellen, dass wir in Teilbereichen etwas erreicht haben. So hat sich zum Beispiel die Energieproduktivität – also das Ausnutzen der Energie – im Transportsektor deutlich verbessert.

In der Summe stellt sich der Energieverbrauch aber nicht so gut dar. Wenn man das mit dem wirtschaftlichen Wohlstand nach dem Bruttoinlandsprodukt ins Verhältnis setzt, dann müssen wir feststellen, dass das angestrebte Ziel mitnichten erreicht wurde – weder im Personenverkehr noch im Güterverkehr –, obwohl wir das klare Ziel haben, mehr Wohlstand ohne eine ständige Zunahme des Verkehrs zu erreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum wurde das Ziel nicht erreicht? Die größten Probleme bestehen im Güterverkehr. Ich glaube, dass sich die Politik zu sehr darauf verlässt, dass man gegen manche Trends nichts machen kann, statt ambitioniert genug das Konzept des Umsteuerns und Verlagerns zu verfolgen. Das angestrebte Ziel, 25 Prozent des Güterverkehrs auf die Schiene zu verlagern, ist über die Jahre beibehalten worden. Der Anteil schwankt zwischen 16 und 18 Prozent; wir kommen nicht weiter voran. Wir können Fortschritte erzielen, wenn wir konsequent in den kombinierten Schienengüterverkehr investieren. Wenn wir dabei am Ball bleiben und uns stärker anstrengen als bisher, dann können wir dieses Ziel erreichen. Aber es muss auch der Wille vorhanden sein, zu handeln.

Beim Personenverkehr haben wir zwar die richtige Richtung eingeschlagen, sind aber weit von dem eigenen Anspruch entfernt. Das hat meines Erachtens damit zu tun – damit komme ich noch einmal zu dem Grundgedanken meiner Rede –, dass Politik in Krisensituationen dazu neigt, kurzfristige Lösungen anzubieten. Die Automobilindustrie kommt in die Krise, und kurzfristig wird eine Abwrackprämie für nötig gehalten, und wir müssen schnell etwas tun, um den Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern. Ich glaube, an dieser Stelle wird derzeit ein großer Fehler gemacht. Wir sollten dafür sorgen, dass er korrigiert wird. Denn die Krise der Automobilindustrie ist nicht durch die Finanzkrise zustande gekommen, sondern sie hat sich schon lange angebahnt. Gerade das Beispiel der amerikanischen Automobilindustrie macht das deutlich. Die Politik hat über Jahre hinweg die Automobilindustrie nicht gefordert. Sie hat sie ineffiziente Fahrzeuge produzieren und in die Krise rutschen lassen.

(Iris Gleicke [SPD]: Das ist leider wahr!)

Aus unserer Sicht ist es absolut zwingend, dass man aus der Krise heraus eine Chance entwickelt, indem innovative Ansätze gefördert und andere Antriebstechnologien, Kraftstoffe und andere Formen von Energienutzung und Verkehrssystemen entwickelt werden. Das wäre der richtige, der nachhaltige

Ausweg aus der Krise. Darin liegt eine gute Chance. Das ist zwar Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und anderer Konzepte, aber die Praxis ist durch kurzfristiges Handeln geprägt. Wir meinen, dass die beschlossenen Vorschläge den langfristigen Perspektiven nachhaltiger Entwicklung glatt widersprechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eine gute nachhaltige Politik würde die Krise als Chance begreifen. Eine gute nachhaltige Politik würde in einer Krise die Nachhaltigkeitsstrategie nicht beiseitelegen, gewissermaßen als Buch für schöne Zeiten, in das man später wieder hineinschaut. Vielmehr müsste man jetzt schauen, welche Ansätze wir in den letzten Jahren zusammen mit unseren Experten in den Bereichen Verkehr, Landwirtschaft, Soziales und Bildung entwickelt haben und welche geeignet sind, uns aus der Krise herauszuführen. Eine Krise bietet eine Chance für eine nachhaltige Entwicklung. Wir, die wir hier im Parlament für eine nachhaltige Entwicklung kämpfen und streiten, sollten nicht aufgeben, sondern unsere Stimme erheben und für nachhaltige strategische Konzepte plädieren.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Matthias Miersch spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist genau richtig, sich an diesem Tag und zu dieser Stunde, an so exponierter Stelle, mit dem Thema nachhaltige Entwicklung zu befassen; denn die Zeit, in der wir leben, schreit förmlich nach einem neuen Denken, nach einem neuen Bewusstsein. Herr Kauch, Sie haben die mangelnde Präsenz der Regierung moniert. Ich bin froh und stolz, dass auf der Regierungsbank mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Michael Müller jemand sitzt, der schon vor 30 Jahren den Begriff der nachhaltigen Entwicklung als möglichen Schlüssel zur Bewältigung vieler Krisen etabliert hat. Man sieht heute, dass er recht hatte, das zu problematisieren.

(Beifall bei der SPD)

Die Debatte zeigt sehr deutlich, dass es genau richtig war, dass die rot-grüne Regierung 2002 dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung Substanz verliehen hat, und zwar dadurch, dass man Indikatoren aufgestellt hat, die überprüfbar sind, an denen man eine Regierung messen kann, Indikatoren, die es ermöglichen, Fehler einzugestehen, und anhand derer man erklären kann, warum etwas nicht funktioniert. Das Problem, dass der Begriff der nachhaltigen Entwicklung häufig missbraucht wird, haben wir auch in dieser Debatte feststellen können. Was der Kollege Heilmann – leider ist er nicht mehr da – zu diesem Begriff gesagt hat, ist aus meiner Sicht genauso fehlerhaft gewesen wie der Gebrauch des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung von einigen Managern in den letzten Wochen. Sie machen keinen Unterschied und missbrauchen den Begriff der nachhaltigen Entwicklung. Die Menschen sind es leid, wenn Politik etwas suggeriert, das sie letztlich nicht halten kann. Auch hier Grenzen aufzuzeigen, heißt für mich, nachhaltig zu handeln.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Zeit macht deutlich, dass wir einen neuen Wachstumsbegriff brauchen. Bislang haben wir ihn nur im Kontext von „immer höher, immer weiter, immer schneller“ verwendet. Wir brauchen aber einen Begriff, der Wachstum als „immer besser“ definiert. Wir konnten erleben, dass die Kurssprünge bestimmter Unternehmen nicht dazu führten, dass es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der betreffenden Unternehmen besser ging. Wir konnten sehen, dass kurzfristige Kurssprünge nicht dazu führten, dass die Substanz der Unternehmen verbessert wurde. Wir konnten erleben, dass es höchst fatal ist, wenn sich die Gehälter der Manager an Kurssprünge orientieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind aufgerufen, die Konsequenzen aus diesen Beobachtungen zu ziehen und zu fragen, wie wir dieses Denken verändern können. Auch dazu sind wir in einer solchen Stunde aufgerufen, und zwar in allen Ressorts und interdisziplinär, wie es der Begriff der nachhaltigen Entwicklung nahelegt.

Wir müssen überlegen, was es heißt, wenn die natürlichen Ressourcen immer geringer werden und parallel zu dieser Entwicklung immer mehr Menschen auf diese Ressourcen zugreifen wollen. Nachhaltige Entwicklung heißt, dort anzusetzen.

Ich bin dem Kollegen Hermann dankbar, dass er das Thema der erneuerbaren Energien hier angesprochen hat. Gerade an diesem Thema zeigt sich doch, dass Energie nicht nur ökologische Aspekte beinhaltet, sondern dass Energie in Zukunft ein ursoziales und ein ökonomisches Thema sein wird. Es stellt sich die Frage, wer künftig noch mobil sein wird, wer künftig noch ein Auto fahren kann, sich einen Kühlschrank leisten bzw. am sozialen Leben teilhaben kann. Es stellt sich außerdem die Frage, wie Deutschland in der globalen Welt seinen Stammplatz als Exportweltmeister verteidigen kann. Die Entwicklung der erneuerbaren Energien zeigt doch, dass wir mit diesem Thema genau auf das richtige Pferd gesetzt haben, als wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz unter Rot-Grün auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind dabei, auf Energien zu setzen, die endlose Ressourcen haben. Wir sind dabei, auf eine Technologie zu setzen – gemäß dem Motto: Die Sonne schickt keine Rechnung –, die es erlaubt, eine immer größer werdende Anzahl von Menschen mit dem Luxusgut Energie versorgen zu können. Das ist ein Beispiel gelebter nachhaltiger Politik.

Allerdings müssen wir uns die Frage stellen, wie wir mit dem Begriff der Nachhaltigkeit auch im parlamentarischen Verfahren und im Kontext mit der Regierung umgehen wollen. Ich bin dankbar, dass wir Vertreter des Rats für Nachhaltige Entwicklung unter uns haben, die in den vergangenen drei Jahren bei diesem Thema sehr eng mit uns zusammengearbeitet haben. Ich finde es richtig, dass wir an allen Stellen die Frage aufgeworfen haben, wie wir es schaffen, bereits während der Gesetzesberatung den Begriff der nachhaltigen Entwicklung zu etablieren. Wenn wir Technikfolgenabschätzung betreiben, dann muss es auch möglich sein, Ministerien zu zwingen, Farbe in Bezug auf die Frage zu bekennen, wie nachhaltig Gesetze sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Günter Krings [CDU/CSU])

Dass alles unterschiedlich interpretierbar ist, ist uns allen klar. Das hat auch die Diskussion heute gezeigt. Aber wenn wir im Gesetzesberatungsverfahren zu klaren Nachhaltigkeitschecks kommen, dann sorgen wir für die notwendige Transparenz. Dann sieht man, warum ein Gesetz auf den Weg gebracht wird und welche Schwächen und welche Stärken es hat.

Damit bin ich bei den großen Themen, die uns sicherlich auch in diesem Parlament noch in sehr unterschiedlicher Weise beschäftigen werden. Es geht um die großen Zukunftsfragen, die wir hier, aber auch an anderer Stelle diskutieren. Wie halten wir es mit der Energieversorgung? Wir werden die Debatte „Atomkraft – ja oder nein?“ erleben. Ich glaube, das ist ein gutes Beispiel, an dem man zeigen kann, dass es falsch wäre, in diese Technologie zu investieren. Sie ist eben nicht nachhaltig, jedenfalls nicht aus der Sicht der SPD-Fraktion, weil den nachfolgenden Generationen Müll unerträglichen Ausmaßes hinterlassen wird, von dem wir nicht wissen, welche Gefahren für nachfolgende Generationen von ihm ausgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zweite große Thema betrifft die Frage, wie jemand gestellt werden soll, der Vollzeit in Deutschland arbeitet. In der Diskussion über den Mindestlohn geht es nicht nur um die Würde von Arbeit. Man muss vielmehr gleichzeitig bedenken, dass ausreichender Lohn auch zukünftig dazu führen wird, dass Menschen ausreichend in die Sozialversicherungssysteme einzahlen werden. Gelebte nachhaltige Politik ist auch, dass man an die Zukunft und an spätere Rentenansprüche etc. denkt. Das können aber diejenigen nicht, die nicht einzahlen können, weil sie zu wenig verdienen.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt, der augenblicklich intensiv diskutiert wird, betrifft die Schuldenbremse. Kollegen von der Linken, ich glaube, es ist wichtig, dass man im Interesse der nachfolgenden Generationen die Schuldenaufnahme eindämmt. Denn was könnte man alles mit dem Geld, das man für die Zinszahlungen aufwendet, tun, was könnten wir beispielsweise für die Bildung tun, wenn wir diese Lasten nicht tragen müssten?

Insofern ist es aus meiner Sicht richtig, dies zumindest im Blick zu haben. Man sollte aber auch im Blick haben – das ist an die Adresse der FDP gerichtet –, wie die Einnahmen des Staates garantiert werden können. Beides ist wichtig, und für beides werden wir uns einsetzen.

Ich habe drei Beispiele für nachhaltige Politik genannt. Wir freuen uns auf die Beratung des Fortschrittsberichts in den Ausschüssen. Wir freuen uns, an dem Thema „nachhaltige Politik“ zusammen mit allen in diesem Hause arbeiten zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Fraktion der FDP spricht jetzt der Kollege Patrick Döring.

(Beifall bei der FDP)

Patrick Döring (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte über die Nachhaltigkeitsstrategie zeigt sehr deutlich, dass sich jeder gern diejenigen Indikatoren heraussucht, die ihm gefallen. Besonders bei der Rede des Kollegen Heilmann ist aufgefallen, wie weit man sich vom eigentlichen Thema entfernen kann, nur um in seiner Redezeit die üblichen Stichworte des Wahlprogramms unterzubringen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will versuchen, mich auf drei Teile dieses Berichts zu konzentrieren.

Erstens. Wir stellen fest – auch der Kollege Hermann hat es angedeutet –, dass wir beim Thema „Güterverkehrsintensität und Verkehrsentwicklung insgesamt“ nicht in allen Punkten diejenigen Ziele erreicht haben, die wir angestrebt haben. Wir sollten auch darüber diskutieren, dass man das relative Wachstum der Gesamtmenge und die Intensität weiterhin auseinanderhalten muss. Ich persönlich bin der festen Überzeugung, Kollege Hermann: Wenn wir unsere Position als Exportnation – unser Außenhandel hat ein Volumen von 1 250 Milliarden Euro – nicht verschlechtern wollen, sollten wir nachhaltige Politik nicht über eine Beschränkung der Gesamtmenge von Verkehrsbewegungen betreiben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist einfach die lautere Wahrheit. Wir werden unsere Ökonomie nicht innerhalb von wenigen Jahren zu einer binnenmarktorientierten Ökonomie umbauen können. Ich glaube auch nicht, dass das vernünftig wäre.

Vernünftig ist es, eine Politik zu machen, die dazu führt, dass wir die vorhandenen Verkehrswege und die vorhandenen Kapazitäten besser nutzen. Wir sollten mit den Schienenverkehrsunternehmen am Potsdamer Platz und der DB Netz diskutieren, wie wir das vorhandene Schienennetz so nutzen können, dass mehr Züge auf diesen Gleisen fahren können. Anders als beim Lkw-Verkehr brauchen Züge relativ große Mindestabstände. Daher stellt sich die Frage: Wie kann man die Sicherheitsabstände durch intelligente technische Investitionen verkürzen, damit es zu mehr Intensität auf dem vorhandenen Netz kommt. Dadurch würde auch die Problematik des Bodenverbrauchs weiter in den Blickpunkt rücken.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens. Ich warne davor, die Bundesregierung jetzt zu sehr aufzufordern, kleine und kleinste Programme aufzulegen. Ein Beispiel sind die Aktivitäten im Bereich des nachhaltigen Bauens. Ich bin sehr dafür, dass wir mit der deutschen Bauwirtschaft, mit dem deutschen Handwerk auf dem Gebiet „Energieverbrauch, Ökobilanz und Lebenszeit eines Gebäudes“ allergrößte Anstrengungen unternehmen. Die Bauforschung in unserem Land ist da wirklich schon weit fortgeschritten. Allerdings sind mittlerweile 60 Kategorien mit zahlreichen Unterkategorien für nachhaltiges Bauen gefunden worden. Das Ganze ging bis hin zu den Fragen, welche Wandfarbe verwendet wurde, welche Art von Kacheln in den Bädern verlegt wurde und ob ein oder zwei Waschbecken in dem Hauptbad untergebracht sind. Das alles wird unter dem Begriff „nachhaltiges Bauen“ subsumiert. Dazu kann ich nur sagen: Damit werden wir die Menschen in unserem Land für dieses Thema nicht begeistern können.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb sollten wir im Parlament diese Verästelungen in Einzelprogramme und die damit verbundenen Verwirrungen am besten stoppen.

Ich will noch auf einen Punkt eingehen, der mir in einigen Reden aufgefallen ist, zu meiner Überraschung auch in der, die eben mein geschätzter Kollege Miersch gehalten hat. Es geht um das Thema Wirtschaftsordnung und Wirtschaftskrise. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist nicht in börsennotierten Unternehmen beschäftigt. Die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist nicht in Unternehmen mit wie auch immer bezahlten Vorständen beschäftigt. Die Mittelständler, die Handwerker, die Gewerbetreibenden und die Freiberufler in unserem Land sind erfreulicherweise viel weniger kurzfristig orientiert, als Sie es gelegentlich in den ökonomistischen Zerrbildern, die Sie in manchen Ihrer Reden zeichnen, darstellen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

In der deutschen Wirtschaft wird überwiegend nachhaltig gehandelt. Das sollten wir an dieser Stelle anerkennen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Andreas Jung hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Andreas Jung (Konstanz) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich jenen Vorrednern anschließen, die in den Mittelpunkt gestellt haben, dass es gut ist, ein Gremium wie den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung zu haben, und die hervorgehoben haben, dass es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine Freude ist, in diesem Gremium zu arbeiten, weil dort in der Regel das gemeinsame Ringen um die Sache und nicht die parteipolitische Polemik oder der parteipolitische Streit im Mittelpunkt steht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Durch die konstruktive Arbeit haben wir gemeinsam Erfolge erzielt, auf die wir ein Stück weit stolz sein können. Das betrifft inhaltliche Fragen, aber auch eine formale Frage. Wir haben erreicht, dass die Bundesregierung unsere Anregung aufgenommen hat, die Nachhaltigkeitsprüfung in die Gesetzesfolgenabschätzung einzubeziehen. Das ist ein wichtiger Punkt. So wird in den ganz normalen Lauf eines jeden Gesetzes der Tagespolitik der Gedanke der Nachhaltigkeit hineingebracht. Das ist sicher ein Erfolg unserer Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist unser gemeinsames Bemühen – das wurde zu Recht schon gesagt –, den Beirat weiter zu stärken, auch formal weiter zu stärken. Wir treten dafür ein, dass in der nächsten Legislaturperiode dieser

Beirat – parallel zu anderen Ausschüssen – mit stärkeren Rechten und stärkeren Befugnissen ausgestattet wird, weil das die formale Fundierung unseres inhaltlichen Bemühens um mehr Nachhaltigkeit wäre.

Nun zu den Inhalten, zu dem materiellen Gehalt der Nachhaltigkeit. Letztlich geht es uns darum, Nachhaltigkeit in allen Bereichen zu verankern, Deutschland insgesamt nachhaltiger zu machen und dafür zu sorgen, dass wir in Zukunft weniger auf Kosten kommender Generationen leben, dass wir heute nicht auf Kosten von morgen leben, so wie das in der Vergangenheit in unterschiedlichsten Bereichen leider zu oft der Fall war.

Die wichtigen Bereiche, um die es hier geht, sind angesprochen worden: erstens wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit – dies ist durch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch mehr in den Mittelpunkt gerückt – und zweitens – das zu betonen ist mir wichtig – finanzielle Nachhaltigkeit. Dabei geht es um das Bemühen, den künftigen Generationen nicht immer mehr Schulden zu hinterlassen, von denen sie irgendwann erdrückt werden würden. Deshalb ist es jetzt umso richtiger und wichtiger, gemeinsam für eine wirksame, für eine harte Schuldenbremse einzutreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind in einer Krise. Da ist es richtig, zu investieren und mehr Geld auszugeben, als ursprünglich vorgesehen war. Die andere Seite der Medaille ist: Wenn es wieder besser geht, dann müssen die Schulden, die jetzt aufgenommen werden, wieder abgezahlt werden. Dafür brauchen wir die Schuldenbremse im Grundgesetz.

Ich komme zum dritten Bereich, zur ökologischen Nachhaltigkeit und zum Umweltschutz, sozusagen zur Geburtsstätte des nachhaltigen Denkens überhaupt. Im Hinblick auf das, was kritisch diskutiert wurde und was anhand der einen oder anderen Entscheidung auch problematisiert wurde, ist mir schon wichtig, zu fragen: Wie steht es um unseren Fortschritt? Da will ich den Bereich Klimaschutz herausgreifen. Ich gebe zu, dass es richtig ist, zu fordern, dass die Berichte zur Strategie in kürzeren Zeitabständen vorgelegt werden. Andererseits finde ich es aber auch spannend, über einen Zeitraum von einigen Jahren zu betrachten: Wie haben wir uns entwickelt? Wie werden wir unserem Anspruch, Vorreiter im Klimaschutz zu sein, gerecht?

Die Zahlen, die im Bericht zur Nachhaltigkeitsstrategie enthalten sind, zeigen uns, dass wir in der langfristigen Perspektive unserem Anspruch gerecht werden. Das gilt für die Formulierung der zukünftigen Ziele. Wir vertreten jetzt nämlich ehrgeizigere Ziele als noch vor wenigen Jahren. So bekennt sich die Bundesregierung zu dem Ziel, dass bis zum Jahre 2020 40 Prozent der Treibhausgase eingespart werden sollen.

Das gilt aber auch für das Erreichen der Ziele, die wir uns in der Vergangenheit gesetzt haben. Wir können dem Bericht entnehmen – es handelt sich um den Stand von 2007; wir sind jetzt sogar einen Schritt weiter und haben die Zahlen von 2008 –, dass wir die Ziele, die wir laut unserer Selbstverpflichtung im Kioto-Abkommen erst im Jahre 2012 hätten erreichen sollen, bereits jetzt erreicht haben. Wenn wir uns weiter anstrengen – das sollten wir machen –, dürften wir diese Ziele sogar übererfüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Was für die Ziele im Allgemeinen gilt, gilt auch für einzelne Bereiche. Diese sind schon von den Kollegen Hermann und Miersch angesprochen worden.

Im Bereich der erneuerbaren Energien haben wir schon jetzt die Ziele, die wir für uns 2012 gesetzt haben, nicht nur erreicht, sondern übererfüllt. Ich denke, das sollte uns ermutigen, diesen Weg weiterzugehen. Das zeigt uns auch, dass man, wenn man gemeinsam für Nachhaltigkeit streitet, Ziele nicht nur erreichen, sondern manchmal sogar mehr erreichen kann, als man vorher glaubte.

Auch im Bereich der Energieproduktivität und im Bereich der Energieeffizienz gilt das Gleiche. Wir alle wissen, dass wir hier noch Spielräume haben. Es ist aber doch eine wichtige Wegmarke, dass, wie wir dem Bericht entnehmen können, die Energieproduktivität in Deutschland seit 1990 um 40 Prozent gestiegen ist. Wir wollen daran weiterarbeiten und wollen gerade auch die Krise nutzen, auf diesem Weg fortzuschreiten.

Ich möchte betonen – das halte ich für ganz wichtig –, dass die Krise in der Wirtschaft nicht dazu führen darf, dass die ökologischen Ziele hintangestellt werden. Eine Lehre aus dieser Krise ist ja gerade, dass es richtig ist, für nachhaltige Investitionen in allen Bereichen zu sorgen. Das tun wir etwa mit den zusätzlich bereitgestellten Milliarden für das Gebäudesanierungsprogramm. Mit diesem Geld leisten wir einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung im Umweltschutz sowie zur Nachhaltigkeit bei den Finanzen der öffentlichen und privaten Haushalte; denn beide werden zukünftig von Verbrauchskosten entlastet. Auch im Bereich Arbeit und Soziales trägt das zur Nachhaltigkeit bei; denn durch diese Maßnahmen werden Aufträge ausgelöst, die ganz konkret Arbeitsplätze im Handwerk erhalten bzw. schaffen.

Damit können wir feststellen, dass wir in diesem Bereich auf einem guten Weg sind. Sicherlich bleibt auch hier noch einiges zu tun. Es wurde kritisch angemerkt, dass noch nicht ganz konkret und verbindlich festgezurrt wurde, wie es langfristig weitergehen soll. Ich denke, es ist unsere gemeinsame Aufgabe, im Parlament und im Parlamentarischen Beirat für Nachhaltigkeit daran zu arbeiten. Dieser Bereich ist aber ein gutes Beispiel dafür – deshalb habe ich ihn herausgegriffen –, um zu zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind. All das stellt auch eine Ermunterung für unser Eintreten für mehr Nachhaltigkeit in Deutschland dar.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ulrich Kelber hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Etwas Negatives zu Beginn: Wir müssen, wie ich denke, bilanzieren, dass unsere Debatten darüber, wie Nachhaltigkeit und nachhaltige Politik zu bewerkstelligen sind, noch nicht an die breite Öffentlichkeit durchgedrungen sind. Würde man fragen, welche Themen die deutsche Innen- und Außenpolitik sowie andere Politikfelder beherrschen, würde der Begriff der Nachhaltigkeit in einer Aufzählung nicht an vorderer Stelle stehen. Würde man in der Öffentlichkeit, in den Medien oder auch in einer Runde von Abgeordneten fragen: „Wie definieren Sie für sich Nachhaltigkeit?“, würde man vielfach auf Ratlosigkeit treffen.

(Andreas Jung [Konstanz] [CDU/CSU]: In meiner Fraktion nicht!)

Parallel zu dieser Debatte erleben wir fast schon eine Trivialisierung des Begriffs Nachhaltigkeit. Er verkommt zu einem überhäufig verwendeten Füllwort. Es gibt zwei Ursachen für diesen Zustand, der auch schon von einigen Kolleginnen und Kollegen angesprochen wurde.

Erstens. Es gibt einen Missbrauch des Begriffs. Den findet man natürlich vor allem im Bereich von Lobbyverbänden, von Unternehmen und Interessengruppen, die bestimmte Dinge durchsetzen bzw. für ihr Handeln werben wollen. Diesen Missbrauch, auch „green washing“ genannt, kann man relativ leicht auf einen Punkt bringen: Man macht so weiter, wie man bisher gearbeitet hat; man bezeichnet das aber ab sofort als nachhaltig. Man verändert also die Begründung für das, was man tut. Früher, als es noch keinen interessierte, ob etwas nachhaltig ist oder nicht, hat man die Leute, die für nachhaltige Politik eingetreten sind, veräppelt. Heute, da sich die Mehrheit der Leute dafür interessiert, behauptet man einfach, dass das, was getan wird, nachhaltig ist. – Diesem Missbrauch muss man natürlich entgegentreten. Es wäre gut, wenn wir das als Politiker relativ geschlossen täten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Darüber hinaus beinhaltet dieser Begriff eine gewisse Sperrigkeit. Wir müssen einen neuen Begriff mit Leben füllen und klarstellen, wie wir ihn verwenden wollen. Ein wichtiger Schritt, um das zu erreichen, wäre, die Vorteile nachhaltiger Politik deutlicher zu machen: der Erhalt von Chancen; der Wunsch, in einigen Jahren den kommenden Generationen die gleichen Chancen, die gleichen Handlungsspielräume und die gleiche Qualität von öffentlichen Gütern einzuräumen.

Ein anderes Beispiel ist die Möglichkeit zur Kooperation. Wir merken das zum Beispiel in Klimaschutzverhandlungen. Wir können andere Länder nur dann überzeugen, mitzuziehen, wenn diese das Gefühl haben: Die westliche Welt und die industrialisierten Staaten sind bereit, eine nachhaltige Politik zu machen, mit der uns die gleichen Chancen, die gleichen Partizipationsmöglichkeiten und die gleichen Anteile am weltweiten Wohlstand eingeräumt werden.

Nachhaltigkeit gibt die Chance für dauerhafte Lösungen. Es geht nicht nur um Lösungen, mit denen ich für drei, vier oder fünf Jahre ein Problem behoben habe. Vielmehr muss der Ansatz sein, dass das Problem dauerhaft gelöst wird. Das muss man den Menschen deutlich machen. Dafür gibt es eine gute Methode: Wir sollten nicht nur darüber sprechen, was wir an Instrumenten einsetzen wollen, sondern wir müssen die Menschen überzeugen, welchen Vorteil eine Welt beispielsweise im Jahr 2020 hätte, wenn wir die Ziele mit Blick auf die Indikatoren erreicht hätten. Das muss einmal dargestellt werden, auch in der Öffentlichkeitsarbeit.

Stellen Sie sich einmal vor, wie die Tagesthemen im Jahr 2020 in einer Gesellschaft aussehen, die die Ziele erreicht hat, die wir im Fortschrittsbericht für eine nachhaltige Politik beschreiben. Das wäre eine andere, eine bessere Gesellschaft mit mehr Lebensqualität als die heutige. Für solche Ziele kann man vor allem bei jungen Menschen werben. Wir müssen die Zielvorstellungen und nicht die Instrumenten-debatte nach vorne stellen.

Dabei bietet die Breite der Nachhaltigkeitspolitik eine große Chance. Als jemand, der in der Umweltpolitik zu Hause ist, nenne ich diesen Punkt bewusst an erster Stelle. Ich mache das auch deswegen, weil man dann, wenn man von den drei Säulen der Nachhaltigkeit spricht, eines nicht vergessen darf: Die verletzlichste dieser Säulen ist die uns umgebende Umwelt, die Ökologie. Sie kann am leichtesten unwiederbringlich verloren gehen. Daher darf sie bei der Verfolgung unserer Ziele nicht relativiert werden, sondern sie muss immer mitgedacht werden. Sie bildet klare Grenzen für all das, was man in der Politik machen kann.

Wir debattieren natürlich auch über die Bildungsziele. Ein Land wie Deutschland muss sich fragen: Sind wir richtig aufgestellt, um die Empfehlungen der internationalen Organisationen wie der OECD umzusetzen, nämlich die Anzahl der Menschen mit einem Hochschulabschluss, den sie zum Beispiel für die Jobs der Zukunft benötigen, zu erhöhen? Ist unser System, mit dem wir Bildung vermitteln, und sind die Investitionen in die verschiedenen Stufen der Bildung richtig ausgerichtet, um dieses Ziel zu erreichen?

Wir sehen, dass führende Länder wie Finnland bei Bildungsvergleichen besser abschneiden, weil dort 90 Prozent eines Jahrgangs einen Schulabschluss machen, der den Zugang zur Hochschule erlaubt. Um es auf unsere Verhältnisse zu übertragen: 90 Prozent eines Jahrgangs machen dort Abitur. Wenn in Debatten Bildungspolitiker erklären, es könne nicht das Ziel sein, dass die Mehrheit eines Jahrgangs Abitur macht, dann muss man sagen: Diese Politiker sind in ihrem Lösungsansatz nicht nachhaltig. Sie müssen entweder dazulernen oder abgelöst werden.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der Tatsache, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Hälfte aller Kinder in den Ballungsgebieten aus Familien mit Migrationshintergrund kommt, muss die sprachliche Integration weit über das Maß der Verbesserung in den letzten Jahren – die Situation hat sich hinsichtlich der Bemühungen um Integration schon verbessert – fortgesetzt werden. Das sind so einfach ablesbare Größenordnungen, dass die Debatten der Vergangenheit über die Instrumente leicht überwunden werden können.

Wie auch andere Staaten in Europa – wir haben diese Debatte etwas früher begonnen – stellt uns natürlich die demografische Veränderung, also die Tatsache, dass das Durchschnittsalter der Menschen steigt und es immer mehr ältere Menschen gibt, vor entsprechende Herausforderungen. Wir müssen uns fragen: Wie muss eine Infrastruktur ausgerichtet werden, die eventuell später von weniger Menschen genutzt wird? Wie werden die Sozialsysteme gestützt?

Wenn wir wissen, dass in Zukunft mehr Menschen durch ihr Alter auf Solidarität in den Sozialsystem angewiesen sind, dann stellt sich die Frage, ob wir es uns erlauben können, die Sozialsysteme aufzuteilen in einen Teil von Niedrig- und Mittelverdienern, die in das Solidarsystem einzahlen müssen, und

in einen Teil von Besserverdienenden, denen es freigestellt wird, ob sie in das Solidarsystem einsteigen oder nur unter sich für Solidarität sorgen. Diese Frage muss man erneut stellen, weil man ansonsten viele Menschen ihrer Zukunftschancen beraubt.

Deswegen müssen wir uns wirklich überlegen: Welche Methoden haben wir eigentlich, nachhaltig zu arbeiten? Im Rahmen einer Nachhaltigkeitsprüfung jedes Gesetzes wäre es nötig, eine Debatte über die Frage zu führen: Machen wir ein Gesetz, mit dem wir notdürftig etwas flicken? Machen wir ein Gesetz, mit dem wir einen ersten Baustein für eine Lösung schaffen, was ja auch in Ordnung ist? Oder machen wir ein Gesetz, mit dem wir nachhaltig etwas verändern? Letzteres führt möglicherweise dazu, dass die heutige Generation mehr tragen muss, zumindest so viel, wie sie selber davon profitiert; aber das wäre im Sinne der nächsten Generation, und die Probleme wären in zehn Jahren umso geringer. Diese Debatte sollten wir jedes Mal auf der Grundlage von Expertisen ausführlich führen; das ist die Anstrengung wert.

Wenn wir diese Debatte im Zusammenhang mit einer Nachhaltigkeitsprüfung für jedes neue Gesetz führen, sollten wir eines noch ergänzen – das wäre meine Bitte –: Wir sollten auch darüber nachdenken, ob wir nicht für die Gesetze, die keine nachhaltigen Subventionen betreffen, die Selbstverpflichtung einführen, sämtliche Subventionen – wir haben ja den Subventionsbericht – noch einmal auf ihre Nachhaltigkeit hin zu überprüfen, und wir sollten überlegen, ob wir nicht zumindest die Subventionen, die nicht nachhaltig wirken, in der Gesamtsumme – nicht jede einzelne; sonst kommt immer eine neue dazu – um 10 Prozent jedes Jahr reduzieren. Auch das wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer nachhaltigen Politik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der letzte Redner in der Debatte ist der Kollege Dr. Günter Krings für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Günter Krings (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Ich möchte, auch meiner Rolle als Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats gemäß, die letzte Rede in dieser Debatte zunächst dazu nutzen, mich zu bedanken: bei allen Kolleginnen und Kollegen im Beirat für die Arbeit, die wir im Zusammenhang mit der Erarbeitung unserer Stellungnahme zu diesem Fortschrittsbericht, die kurz vor der Vollendung steht, bereits geleistet haben, sowie bei der Bundesregierung für die Erstellung des Berichts. Ich darf auch meiner Freude Ausdruck verleihen, dass nicht nur der Staatsminister aus dem Kanzleramt, Bernd Neumann, in dieser Debatte anwesend ist, sondern – jedenfalls auf dem Höhepunkt der Debatte und ich nehme es nicht persönlich, dass der Höhepunkt in der Wahrnehmung einiger schon vorbei zu sein scheint – auch über ein halbes Dutzend Ministerien vertreten waren. Daran zeigt sich, dass die Bundesregierung begriffen hat, dass es sich um eine Querschnittsaufgabe handelt. Allerdings muss die Ausdauer mancher Ressorts noch gesteigert werden.

(Otto Fricke [FDP]: Nachhaltigkeit beim Zuhören!)

Aber der Grad der Anwesenheit war auf jeden Fall ein gutes Zeichen.

Der Bericht selber weist Licht und Schatten auf. Das wird mit den schönen Symbolen für Sonne über Wolken bis hin zu Gewitter dargestellt. Zwölfmal scheint die Sonne über Indikatoren; deutlich weniger – nur siebenmal – sind Gewitterwolken zu sehen. Das zeigt, dass wir in vielen Punkten – wenn auch nicht in allen – auf einem guten Wege sind. Stichworte wurden genannt: Reduzierung der Treibhausgase, die Übererfüllung der Ziele bei den erneuerbaren Energien, eine stärkere Berücksichtigung älterer Erwerbstätiger im Erwerbsleben, Ausbau der Ganztagsbetreuung – insbesondere aufgrund der letzten Initiativen aus dem von-der-Leyen-Ministerium – für die Drei- bis Fünfjährigen. Insofern sind zu Recht einige Sonnen zu sehen.

Aber das Wetter kann sich manchmal schnell ändern. Das sehen wir etwa beim Indikator Staatsverschuldung. Vor der Finanzmarktkrise sah das noch alles sehr gut aus. Es war wichtig, dass wir die

Anstrengungen zur Konsolidierung unternommen haben; denn sonst hätten wir es noch schwerer, in dieser Krise zu reagieren.

Dass Nachhaltigkeit ein Thema ist, das – Herr Kollege Kelber, da stimme ich Ihnen zu – von den Medien und in der Öffentlichkeit noch nicht ausreichend wahrgenommen worden ist, ist sicherlich richtig. Aber das liegt auch daran, dass unsere mediale Öffentlichkeit in erster Linie Probleme wahrnimmt und beschreibt. So sind die Nachrichten im Fernsehen und in den Zeitungen aufgebaut. Nachhaltigkeit ist aber keine Problembeschreibung, sondern ein Lösungsansatz. Deshalb ist es gerade jetzt, in der Zeit der Finanzmarktkrise, wichtig, dass wir dieses Thema gemeinsam nach vorne bringen.

In Teilen der Wirtschaft – nicht in allen Bereichen der Wirtschaft –, die übrigens auch von Ihrer Partei, Herr Kollege Döring, als besonders modern, wegweisend und dynamisch dargestellt worden sind, war und ist vielleicht noch heute oft zu kurzfristiges, zu kurzatmiges Denken und Handeln an der Tagesordnung. Es wurde mehr auf Quartalsberichte und weniger auf langfristige Erfolge, mehr auf Tageskurse als auf bleibende Werte geachtet.

(Patrick Döring [FDP]: Vom Gesetzgeber vorgeschrieben!)

– Da gab es zugegebenermaßen falsche Wegweisungen, teilweise auch durch den Gesetzgeber.

Es gibt einen zweiten aktuellen Anlass, warum dies heute eine besonders wichtige Debatte ist. Ich habe in einer guten Stunde das Vergnügen, den Beratungen in der Endphase der Föderalismuskommission II beizuwohnen. Hier versuchen wir, mit den Folgen eines nicht nachhaltigen politischen Denkens, mit dem Marsch in den Schuldenstaat seit über vier Jahrzehnten aufzuräumen. Die Instrumente wurden genannt: Schuldenbremse, Stabilitätsrat. Es soll ferner ein Frühwarnsystem gegen neue Schulden eingeführt werden. Es ist allerdings ein bisschen gewöhnungsbedürftig, wenn man nach vier Jahrzehnten des Schuldenmachens jetzt von einem Frühwarnsystem spricht. In der Sache kommen wir dadurch aber weiter. Die Nachhaltigkeitsstrategie und der Grundsatz der Nachhaltigkeit müssen stärker in der Tagespolitik ankommen. Daran werden wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um das zu erreichen, ist das Management von Nachhaltigkeit ein ganz entscheidender Punkt. Wir begrüßen es daher sehr, dass die Bundesregierung sich bereit erklärt hat, diesen Punkt in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien – das klingt sehr langweilig, ist aber ganz wichtig – aufzunehmen und zu sagen: Teil der Gesetzesfolgenabschätzung, die sich in der Praxis leider seit Jahren in einem Dornröschenschlaf befindet, soll jetzt die Nachhaltigkeitsprüfung werden. – Dies ist die große Chance, die Gesetzesfolgenabschätzung endlich zu reaktivieren. Ich war vor einigen Monaten sehr erfreut, als wir sehr kurzfristig und sehr rasch von Bundesinnenminister Schäuble in dieser Frage grünes Licht bekommen haben und er sich sehr klar hinter diese Forderungen des Nachhaltigkeitsbeirates gestellt hat.

Wir brauchen also ein stärkeres Langfristdenken – das bedeutet auch mehr Generationengerechtigkeit – in der Politik. Es ist gut, dass die Regierung jetzt ihren Teil dazu beitragen will. Es ist genauso wichtig, dass das Parlament in dieser Frage aktiv und führend bleibt. Dies ist eine Querschnittsaufgabe. Deswegen ist es unverzichtbar, dass wir vom Nachhaltigkeitsbeirat diese Frage weiter behandeln und daran mitwirken, bei der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie die richtigen Weichen zu stellen, aber auch die Regierung da kontrollieren, wo sie ihre Ziele nicht erreicht hat, oder ihr Hilfestellung geben, sie besser zu erreichen. Aus diesem Grunde wird sicherlich, ohne große hellseherische Fähigkeiten zu haben, am Ende der Wahlperiode ein Vorschlag unseres Gremiums sein, diesen Beirat dauerhaft zu verankern und für uns eine aktive Rolle vor allem bei der Durchführung von Nachhaltigkeitsprüfungen vorzusehen. Wir wollen einfordern, dass Gesetze im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit geprüft werden.

In der Regierung macht das federführend das Kanzleramt. Das ist eine gute Sache. Wir würden uns wünschen – mehr können wir nicht tun –, dass dies im Kanzleramt weiter aufgewertet wird, zum Beispiel in Form eines eigenen Referates. Es sollte darüber hinaus in jedem Ministerium ein eigenes Referat für diese Aufgabe geben. Das wäre sicher ein richtiges Signal.

(Beifall des Abg. Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Ulrich Kelber [SPD]: Im Kanzleramt muss es eine ganze Abteilung werden!)

– Es kann auch über ein Referat hinausgehen. Wir fangen mal klein an, Herr Kollege Kelber.

Das Herzstück der Nachhaltigkeitsstrategie sind die Indikatoren. Das ist ein fast revolutionärer Politikansatz, der in anderen Bereichen Schule machen sollte. Wir gehen nicht von Instrumenten aus und sagen nicht, wie viel Geld wir für ein bestimmtes Thema ausgeben wollen, sondern sagen, was wir erreichen wollen. Wir haben in der Nachhaltigkeitsstrategie definierte, klare Ziele verbunden mit messbaren Zahlen. Jeder, der sich in Wirtschaftsfragen etwas auskennt, weiß: Nur das, was ich messen kann, kann ich letztlich auch managen. Es ist eigentlich ein bisschen traurig, dass man in der Politik diesem Grundsatz außerhalb des Bereichs der Nachhaltigkeitsstrategie noch zu wenig Beachtung schenkt.

Wenn Indikatoren aber so wichtig sind, dann ist es natürlich logisch, dass Kontinuität gewahrt bleiben muss. Wir können nicht in dem einen Jahr Äpfel und im anderen Jahr Birnen zählen; es muss bei den Indikatoren Kontinuität geben. Trotz allem sind behutsame Anpassungen und Lehren aus der Entwicklung richtig und notwendig. Als Mitglied des Rechtsausschusses in diesem Hause möchte ich einen Punkt herausgreifen: Der Indikator „Zahl der Wohnungseinbrüche“ hat eine gegen null tendierende Aussagekraft für das Thema Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten den Mut haben, solche Indikatoren auch zu streichen. Wenn alles nachhaltig ist, ist eben leider bald nichts mehr nachhaltig. Der Begriff benötigt Konturen. Dabei sollte man sich auf die wesentlichen Punkte konzentrieren.

Ein wesentlicher Punkt etwa ist all das, was mit dem demografischen Wandel zu tun hat. Ich finde es gut, dass ein Indikator der Ausbau der Ganztagsbetreuung ist. Warum gibt es keinen Indikator zur Entwicklung der Geburtenrate insgesamt? Das wäre sicherlich ein sinnvoller Punkt für künftige Fortschreibungen.

Mein letzter Punkt – ich komme zum Schluss –: Ich glaube, dass wir in diesem Land gemeinsam dafür sorgen müssen – dieses Ziel ist noch nicht erreicht –, dass Nachhaltigkeit zu einem echten Leitprinzip der Politik wird, dass sich auch die Tagespolitik aus der Nachhaltigkeitsstrategie heraus entwickelt. Die Beiratsmitglieder sind der Überzeugung – ich hoffe, das gilt auch über unseren Beirat hinaus –, dass der Nachhaltigkeitsgrundsatz insbesondere in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten sowohl eine Stabilitätsgarantie als auch ein Innovationsmotor für unser Land sein kann. In diesem Sinne erwarte ich mir für den nächsten Fortschrittsbericht: noch mehr Sonne und noch weniger Wolken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit ist die Aussprache beendet.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/10700 an die Ausschüsse vorgeschlagen, die in der Tagesordnung aufgeführt sind. – Damit sind Sie einverstanden. Dann ist das so beschlossen.